

BEWERBUNGSBEDINGUNGEN

für die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen

Die Vergabe von Lieferungen und Leistungen erfolgt unter Anwendung der „Allgemeinen Bestimmungen für die Vergabe von Leistungen (UVgO)“.

1. Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Verdingungsunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, die die Preisermittlung beeinflussen, so hat der Bieter die ausschreibende Stelle vor Angebotsabgabe schriftlich darauf hinzuweisen. Sollten geforderte Artikel zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe nicht mehr produziert werden und gleichwertige Artikel am Markt nicht verfügbar sein, ist der Nachweis durch den Bieter zu führen.

2. Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Unzulässig sind wettbewerbsbeschränkende Absprachen, insbesondere Verabredungen oder Empfehlungen über Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, die zu fordernde Preise und dgl., es sei denn, dass solche Verabredungen oder Empfehlungen nach Maßgabe des GWB zulässig sind. Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

3. Angebot

3.1 Für die Erarbeitung des Angebotes wird keine Vergütung gewährt. Dem Angebot beigefügte Unterlagen, Muster usw. gehen, wenn nichts anderes vereinbart wird, ohne Anspruch auf Vergütung in das Eigentum des Auftraggebers über.

3.2 Das Angebot ist in allen seinen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen.

3.3 Für das Angebot sind die vom Auftraggeber übersandten Vordrucke zu verwenden. Im jeweiligen Leistungsverzeichnis sind die freien Felder für Preiseintragungen, Artikel-Nummern etc. entsprechend auszufüllen. Eine Umgehung des Schreibschutzes ist unzulässig. Das Angebot ist an der dafür vorgesehenen Stelle zu unterschreiben.

3.4 Das Angebot muss vollständig sein. Unvollständige Angebote können ausgeschlossen werden. Das Angebot muss die Preise und die in den Verdingungsunterlagen geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise enthalten. Eine abschließende Liste der geforderten Unterlagen wird im Formular „Aufforderung zur Angebotsabgabe“ unter Anlagen aufgeführt.

3.5 Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein.

Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.

Änderungen und Ergänzungen an den Verdingungsunterlagen sind unzulässig. Das gilt ebenso für Erklärungen in etwaigen An- oder Begleitschreiben, die den Verdingungsunterlagen widersprechen, diese ändern oder ergänzen.

Ist im Leistungsverzeichnis bei einer Teilleistung eine Bezeichnung für ein bestimmtes Fabrikat mit dem Zusatz „oder gleichwertiger Art“ oder „oder gleichwertig“ verwendet worden und macht der Bieter keine Angabe, gilt das im Leistungsverzeichnis genannte Fabrikat als angeboten.

3.6 Alle Preise sind in EURO ohne Umsatzsteuer anzugeben.

3.7 Der Bewerber kann sein Angebot bis zum Ablauf der Angebotsfrist berichtigen, ändern oder zurückziehen. Preisänderungen sind sowohl nach oben als auch nach unten zulässig.

3.8 Die in den Verdingungsunterlagen genannten Gesetze, Vorschriften oder Normen sind in der am Tage der Aufforderung zur Angebotsabgabe [Briefdatum] gültigen Fassung maßgebend.

3.9 Eine mit dem Angebot abgegebene Erklärung zu einer Garantie über eine bestimmte Dauer beinhaltet eine Haltbarkeitsgarantie nach § 443 BGB.

4. Nebenangebote sind nicht zugelassen.

5. Gemeinschaftliche Bieter

5.1 Als Bieter zugelassen werden nur:

- Einzelunternehmer
- Einzelunternehmer mit eigenen Niederlassungen / Betriebsstätten / Filialen
- Bietergemeinschaften

Die Weitergabe des Auftrages bzw. die Übertragung der Auftragsrealisierung an Nachauftragsnehmer, die nicht Mitglied der Bietergemeinschaft für dieses Angebot sind ist unzulässig.

Bietergemeinschaften und andere gemeinschaftliche Bieter haben ein gemeinsames und einheitliches Angebot abzugeben. Angebote mit mehreren unterschiedlichen Artikeln je Leistungsposition werden ausgeschlossen.

Bietergemeinschaften und andere gemeinschaftliche Bieter haben eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben,

- in der die Bildung einer Bietergemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Ende der Bewerbungsbedingungen